Berlin, den 9. Januar 1925 — Nr. 2. 39. Jahrgang

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuiller-Verbandes

Inserate kost. die sechsgesp. Nonp.-Zeile 60 Pf. | Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120 | Erscheint alle 8 Tage

Redaktionsschluß ist Sonnabends.

Mitarbeit — Berichterstattung — Aufbau!

Im neuen Kampfjahr kommt es weniger darauf an, immerzu in alten Wunden zu wühlen, als vielmehr darauf, daß wir die Erfahrungen des letzten Jahres dazu benutzen, um gemachte Fehler künftig zu vermeiden. Welcher Art die Fehler waren, die im besonderen gemacht wurden, davon legen die letzten Nummern dieser Zeitung schon genügend Zeugnis ab. Wir alle sind Menschen und entbehren der Vollkommenheit in jeder Hinsicht, unser Wissen ist Stückwerk, wir sind Irrtümern ausgesetzt und machen unausgesetzt neue Erfahrungen. Wir müssen nur endlich bemüht sein, Gutes, Fortschrittliches zu wollen und zu fördern, der Menschheit zu größerer Vollkommenheit zu verhelfen.

Edel sei der Mensch, denn er ist das vollkommenste Lebewesen und ist mit Verstand begabt, um die Wirkung seiner Handlungen einigermaßen richtig im voraus berechnen und übersehen zu können.

Gute Absicht und redlicher Wille, eine Sache fördern zu helfen, ohne Nebenabsichten und andere Ziele im Auge, sind freilich Voraussetzung des Erfolges.

Unsere Verbandspolitik hat zweifellos arg darunter gelitten, daß diese Grundsätze nicht überall zur Grundlage aller Handlungen gemacht wurden.

Die Fortentwicklung unseres Verbandes und sein weiterer Aufstieg hängt aber wesentlich davon ab, daß die Verbandsleitung überall freudige Mitarbeit und Unterstützung für die von ihr eingeschlagene Politik findet. Die Verbandsleitung ist von den Vertrauensleuten der Organisation, den Delegierten zum Verbandstag beauftragt, die Interessen der Gesamtorganisation nach Maßgabe der beschlossenen Satzungen und sonstigen Beschlüsse und Richtlinien in jeder Hinsicht wahrzunehmen. Für die Politik, die sie hierzu verfolgt, ist sie dem nächsten Verbandstag verantwortlich, außerdem unterliegt ja jede Handlung der Verbandsleitung im weitesten Maße der Kritik der Kollegenschaft und erfolgt unter ihren Augen.

Der Gesamtverband bedarf der redlichen Mitarbeit aller seiner Mitglieder und ganz besonders der treuen Hilfe seiner Funktionäre, der besoldeten und unbesoldeten. Wenn die Verwaltungsstellenleitung eines Ortes sich nicht an Verbandstagsbeschlüsse und sonstige von Konferenzen aufgestellte Richtlinien kehrt, wenn sie sich der Verbandsleitung nicht unterordnet und nur ihrer eigenen Auffassung folgt, so gibt sie dadurch zugleich der eigenen Mitgliedschaft das denkbar schlechteste Beispiel.

Wer selbst nicht gelernt hat sich unterzuordnen, wo dies Pflicht und Gesamtinteresse unbedingt erfordert, mit welchem Recht kann denn der von jenen, die seiner Leitung unterstehen, verlangen, daß sie sich ihm unterordnen.

Ganz besonders ist dabei zu beachten, daß ja schließlich denkende Mitglieder auch unterscheiden lernen, ob die Leitung einer Verwaltungsstelle bewußt Obstruktion gegen die Zentralleitung des eigenen Verbandes betreibt!

Daß eine solche Tätigkeit die Einigkeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Geschlossenheit der Mitgliedschaft auf das empfindlichste stört und schädigt, das wird auch jeder Neuling in der Gewerkschaft bei einigem Nachdenken einsehen. Doch wir glauben, daß die Früchte, die dieses Verhalten bisher gezeitigt hat, so bitter schmecken, daß auch die Züchter keine reine Freude daran haben.

Man kann oft beobachten, daß auch in der Natur von Zeit zu Zeit ein Gewitter notwendig ist, damit das Luftmeer einmal gründlich gereinigt und von allem üblen Unrat befreit wird. Wir raten deshalb, die Dinge von dieser Seite aus zu betrachten und nun in dieser gereinigten Atmosphäre auch im Denken und Handeln reine Grundsätze als Richtschnur gelten zu lassen.

Wir wünschen im Jahre 1925 nichts dringlicher, als daß es gelingen möge, alle jene Unstimmigkeiten zu beseitigen, die im Jahre 1924 so oft das gute Einvernehmen zum Schaden unserer Aktionen und damit natürlich auch in mancher Hinsicht der Mitglieder behindert haben. Wir haben den ehrlichen Willen, die Organisation zu fördern und den Verband hochzubringen.

In erster Linie ist das Verbandsorgan dazu da, werbend und einigend unter den Mitgliedschaften zu wirken. Es ist deshalb erforderlich, daß jeder Mitarbeiter sich das einprägt und alles vermeidet, was dieses Ziel hindern kann. Auseinandersetzungen, wie sie in unserer letzten Nummer stattgefunden haben, sind nur für Menschen interessant, die Freude an inneren Reibereien empfinden, die besser unterbleiben sollten.

Die Redaktion ist auch fest entschlossen, in Zukunft alles zurückzuweisen, was geeignet erscheint, den Brand aufs neue zu entfachen, der schon jahrelang schwelt, soweit er noch glimmt, mögen ihn die Instanzen des Verbandes völlig löschen.

Hinter uns liegt ein Zeitraum, in dem so manches geschehen ist, was nur entschuldigt werden kann durch die Beschaffenheit der Gesamtlage, in der sich die Menschheit in den letzten Jahren nach dem Weltkrieg befand und zum Teil noch befindet. Auf dieses, was geschehen, ist aber gleichwohl vieles auch zurückzuführen, was nicht geschehen ist. **Auf die Jahre des unklaren Dranges nach unbeschränkter Freiheit folgten** Jahre völliger Apathie und Teilnahmlosigkeit der breiten Schichten unseres Volkes, Fatalismus und Gleichgültigkeit. **Um so viel leichter war es Reaktionären und Leuten ohne Verantwortlichkeitsbewußtsein, diese Teilnahmlosen zu mißbrauchen, so daß sie sich oft selbst den Weg versperrten, der zu Erfolgen hätte führen können.**

Jede Ueberspannung ist schädlich, man muß es verstehen, Erreichbares zu erlangen, um es dauernd festzuhalten und, darauf fußend, neue Etappen zum Aufstieg vorzubereiten.

Die Wiedergesundung der Wirtschaft hat allmählich Fortschritte gemacht, so vollzieht sich auch unter den Menschen und auch speziell in unseren Mitgliederkreisen die Wiedergesundung.

Das gibt uns denn auch den Mut und den Glauben daran, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wiederum mit der Anregung und der Bitte an unsere Verbandsfunktionäre heranzutreten, uns wieder wie in früheren Jahren durch rege Mitarbeit zu unterstützen.

Soll das Verbandsorgan so ausgebaut werden, daß es seine Aufgabe erfüllen und mit Interesse von den Mitgliedern erwartet und gelesen wird, dann bedarf es unbedingt der Mitarbeit aus unseren Kollegenkreisen.

Wir machen deshalb den Vorschlag: Jede Ortsverwaltung beschäftigt sich einmal eingehend mit der Organisations- und Berichterstatterfrage. Sie beauftragt den fähigsten Kollegen im schriftlichen Gedankenausdruck mit dem Amt des verantwortlichen Berichterstatters an die Redaktion der Verbandszeitung und gegebenenfalls an die örtliche Arbeiterpresse. Natürlich immer im Einverständnis mit der Ortsverwaltung.

Durch die Aufgabe einer schriftlichen Arbeit über irgendeine Frage oder durch Anfertigung eines kurzen Lebenslaufes wird man leicht an jedem Ort die befähigten Kollegen ausfindig machen können. Was zu berichten ist? Alles Bemerkenswerte, was am Ort vorkommt und mit dem Wohl und Wehe unserer Mitglieder wie überhaupt der Arbeiterschaft in Berührung steht. Alles was berichtet wird, soll kurz und klar und vor allem wahr sein. Bei speziellen Dingen müssen natürlich auch Beweismittel, eventuell Zeugen namhaft gemacht werden. Oft können einzelne Vorgänge, wenn sie auch manchmal bedeutungslos erscheinen, dem Redakteur wichtige Anregung geben, wenn sie ihm zur Kenntnis gebracht werden.

Es kommt eben nicht allein darauf an, daß ein jeder Bericht, der eingesandt wird, druckreif sein muß und unbedingt Aufnahme finden kann. Darauf allein kommt es nicht an, sondern es handelt sich auch um die Information über alles Bemerkenswerte, was beruflich am Ort vorgeht.

Wer ein wenig Zeitungsleser ist, dem ist sehr wohl bekannt, daß die Tagespresse ihre Spalten nur füllen kann, indem sie an vielen Plätzen Mitarbeiter, Berichterstatter besitzt. Außerdem benutzt sie Telegraphenbureaus und besondere Korrespondenzbureaus. Diese Informationen sollen uns im kleinen Maßstabe die Berichterstatter unserer Verwaltungsstellen bringen. Durch die Berichterstattung über Lohnbewegungen, durch Erhebung von Statistiken über die örtlichen Verhältnisse sind ja die Voraussetzungen bis zu einem gewissen Grade auch schon an den meisten Orten vorhanden. Aber auch an den größeren Orten hat es bisher sehr daran gefehlt, den Berichterstatterdienst richtig zu organisieren.

Man verkenne nicht die große Bedeutung dieser Frage für den Wiederaufbau unseres Verbandes nach innen und außen. Wir müssen uns wieder an die Kleinarbeit machen. Es gilt die Mitglieder zu schulen und mit dem richtigen Geist zu erfüllen, damit sie ihre Organisation schätzen lernen als den alleinigen Faktor, der imstande ist, ihre Lebensbedingungen zu sichern und zu verbessern; denn der Verband ist und bleibt vorerst die Grundlage unserer Existenzfähigkeit. **Deshalb organisiert die Mitarbeit, die Berichterstattung, den Aufbau des Verbandes!**

Die sozialpolitischen Lasten im Auslande.

Ein Vergleich der sozialpolitischen Last im Auslande mit der in Deutschland ist nicht einfach, da die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen in den einzelnen Staaten allzu verschieden liegen und, da sich daraus sehr leicht falsche Schlüsse ergeben können, auch nicht unbedenklich. **Insbesondere wird** eine solche Vergleichung stets an dem Fehler leiden, daß die deutsche Wirtschaft durch die schon erwähnten Umstände — wirtschaftsgeographische Lage, Kapitalverlust, Steuern, Frachten usw. — insgesamt stärker belastet ist als die Wirtschaft in weitesten Teilen des Auslandes, so daß ihre Tragfähigkeit für die einzelne Last, also auch für die Soziallast, verhältnismäßig verringert sein muß. Wenn gleichwohl an einem solchen Vergleich hier nicht vorübergegangen werden soll, so deshalb, weil von anderer Seite solche Vergleiche in die öffentliche Erörterung hineingetragen worden sind. Genannt sei hier nur der Aufsatz „Die Lohnpolitik der Gewerkschaften" von Dr. Meissinger in Nr. 449 der „Berliner Börsenzeitung" vom 24. Oktober 1924, der annähernd eine Verdoppelung der deutschen Soziallast gegenüber der Vorkriegszeit und geringere Soziallasten im Auslande annimmt.

Richtig ist und ein Ehrenmal der deutschen Sozialpolitik bleibt, daß insbesondere die Sozialversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage in Deutschland früher durchgeführt worden ist als im allgemeinen im Auslande. Das Ausland hat aber in der Friedzeit und zum Teil auch nach dem Kriege seine Vorkehrungen auf diesem Gebiet wesentlich ausgebaut. Das bedeutet natürlich im Regelfalle auch eine Zunahme der sozialen Belastung des Auslandes. Aber auch soweit die Sozialversicherung nicht öffentlich-rechtlich und insbesondere nicht Zwangsversicherung ist, sondern auf privaten Einrichtungen mit oder ohne staatlicher Förderung beruht, bedeutet sie eine beträchtliche soziale Last. Denn die Arbeitnehmer müssen die Aufwendungen, die sie für ihre Sozialversicherung machen, bei den Lohnansprüchen mit einrechnen. Da private Einrichtungen im allgemeinen weder billiger noch sicherer arbeiten als die öffentlich-

rechtliche deutsche Sozialversicherung, werden diese Mehransprüche sogar verhältnismäßig größer sein.

Fast ausnahmslos trägt der ausländische Unternehmer die Gefahr des Betriebsunfalles, sei es als Mitglied einer Versicherungsgenossenschaft (Deutschland, Schweiz, Oesterreich, Italien usw.) oder nach den Grundsätzen über persönliche Haftpflicht (England, Frankreich usw.).

England hat eine Kranken- und Invalidenversicherung für alle Arbeiter und für Angestellte mit Jahresgehalt bis 250 Pfund Sterling; in Deutschland sind Angestellte mit Jahresgehältern über 2400 Reichsmark frei von der Krankenversicherungspflicht. Auch die englische Krankenversicherung gewährt ärztliche Behandlung, freie Arznei und wöchentliches Krankengeld. Für die englische Invalidenrente genügt schon eine zweijährige Wartezeit, die deutsche Invalidenversicherung fordert eine vierjährige und die Angestelltenversicherung für die männlichen Angestellten eine zehnjährige Wartezeit. Die englische Invalidenrente ist viel höher als die deutsche. England hat auch eine Mutterschaftsunterstützung für versicherte Frauen und für nichtversicherte Frauen versicherter Männer. In die Kosten der Kranken- und Invalidenversicherung teilen sich Arbeiter, Arbeitgeber und Staat. Daneben besteht eine staatliche Altersversorgung. Wer ein jährliches Einkommen von weniger als 50 Pfund Sterling hat und 70 Jahre alt ist, erhält eine Altersrente aus Staatsmitteln.

Holland hat eine Alters- und Invalidenversicherung; die Versicherungsprämien zahlt der Arbeitgeber. Ein holländischer Gesetzentwurf vom Sommer dieses Jahres sieht Kranken- und Unfallversicherung in organischer Verbindung vor. In Elsaß-Lothringen bleiben die Reichsversicherungsordnung, das Angestelltengesetz und die knappschaftliche Versicherung in Kraft. Zur Herstellung der Reichseinheit beschloß die französische Deputiertenkammer am 8. April 1924 ein Gesetz über Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung, einschließlich Kranken-Familienversicherung, aber ohne Hinterbliebenenversicherung. Für diese Versicherungszweige sollen 10 v. H. des Arbeitsverdienstes als Gesamtbeitrag erhoben werden; Versicherte und Arbeitgeber tragen je die Hälfte, der Staat gewährt Zuschüsse. Im Senat ist das Gesetz noch nicht behandelt. Italien hat eine Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Mutterschaftsversicherung. In zunehmendem Maße breitet sich die Sozialversicherung auch außerhalb Europas aus; sie hat in südamerikanischen Staaten und in Japan festen Fuß gefaßt.

Diese Beispiele sozialer Versicherungen im Auslande mögen genügen, um zu zeigen, daß die deutsche Sozialversicherung und die daraus sich ergebende Last keineswegs mehr eine isolierte, die deutsche Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz ganz einseitig belastende Einrichtung bildet.

Aehnlich steht es im Bereich der Erwerbslosenfürsorge, ja, gerechterweise muß hier anerkannt werden, daß Teile des Auslandes auf diesem Gebiet sachlich und zeitlich vorausgegangen sind und daß ihre Erfahrungen für die Entwicklung in Deutschland nutzbar gemacht werden konnten. Auch hier macht es für die Sozialkast mehr einen methodischen als einen grundsätzlichen Unterschied, ob Versicherung auf öffentlicher Grundlage vorliegt — wie etwa in Großbritannien und Nordirland, in Irland, in Italien, Oesterreich, Queensland usw. — oder ob das die private Initiative fördernde Genfer System vorliegt, wie in Frankreich, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Finnland, Norwegen usw.

Unter wiederholter Betonung der Vorbehalte, die an Ziffernvergleichungen von Staat zu Staat auf sozialpolitischem Gebiet geknüpft werden müssen, seien hier auch einige Zahlen aus England angeführt. Dieses hat im Rahmen seiner Arbeitslosenversicherung von Anfang 1921 bis Ende Februar 1924 155 Millionen englische Pfund Verwaltungskosten aufgewandt. Hierunter befanden sich mindestens 110 Millionen Pfund, die unmittelbar von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Beiträge aufgebracht worden sind. Natürlich bleibt die englische Wirtschaft aber auch durch den Rest, den der Staat beiträgt und zum großen Teil aus Steuern der Wirtschaft entnimmt, mit belastet. Der Aufwand des englischen Staats für Erwerbslosenfürsorge außerhalb der Arbeitslosenversicherung, insbesondere die außerordentlichen Vorkehrungen produktiver Erwerbslosenfürsorge sind hier überhaupt nicht eingerechnet. Für den einzelnen Arbeitnehmer beträgt der Beitrag je nach Alter und Geschlecht bis zu 9 Schilling, für seinen Arbeitgeber bis zu 10 Schilling wöchentlich. Rechnet man mit einem Durchschnittsstundenlohn von 1 Schilling 3 Pence, so ergibt sich bei 48 Wochenstunden ein Lohn von 60 Schilling in der Woche. Der Arbeitnehmer gibt mit 9 Pence 1,25 v. H., der Arbeitgeber mit 10 Pence 1,4 v. H., beide zusammen leisten 2,65 v. H. vom Bruttolohn als Beitrag zur Arbeitslosenversicherung allein. Niedriger sind die Beiträge in Italien, Oesterreich usw., ohne daß sie deshalb im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtlage weniger fühlbar zu sein brauchen.

Alles in allem weist jetzt auch das Ausland sehr beachtliche Sozialkasten auf, und dies zu würdigen wird ebenso sehr eine Pflicht richtiger kaufmännischer Kalkulation, wie eine solche sozialer Gerechtigkeit sein.

Aus diesen Darlegungen des „Reichsarbeitsblatts" ergibt sich also, daß die Berechnungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in jeder Beziehung falsch und viel zu hoch gegriffen sind. Es ist Aufgabe unserer Vertreter, bei den Lohnverhandlungen und den Schlichtungsverhandlungen auf die Mitteilungen des „Reichsarbeitsblatts" hinzuweisen.

Zur Kritik des Reichsindex.

Ueber die Unzuverlässigkeit des Reichsindex ist in den letzten Wochen schon viel geschrieben worden. Da durch die vielfache Kritik endlich erreicht wurde, daß der Aufbau des Reichsindex neu beraten wird, erscheint es wichtig, auf die Fehlerquellen des Reichsindex näher einzugehen, denn darüber herrscht noch große Unkenntnis. Das Statistische Reichsamt, welches am ersten in der Lage wäre, hierüber Auskunft zu geben, hüllt sich konsequent in Schweigen. Nun ist aber eine Nachprüfung des Reichsindex für den Außenstehenden und sogar für die Mitglieder der Reichsindexkommission selbst völlig ausgeschlossen. Man muß sich daher wohl oder übel auf Stichproben beschränken, aus denen man Rückschlüsse auf die Fehlerquellen des Reichsindex ziehen darf. Für einen solchen Versuch erscheint Berlin besonders gut geeignet, weil Berlin mit seinen 4 Millionen Einwohnern den 15. Teil des Deutschen Reiches enthält. Und weil hier an der Hand der vom Statistischen Amt der Stadt Berlin veröffentlichten „Kleinen Handelspreisen" wichtiger Lebensbedürfnisse eine Nachprüfung sehr gut möglich ist. Eine vom Verband der Buchbinder vorgenommene Nachprüfung habe zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß nach diesen Kleinhandelspreisen die Teuerungszahlen für Berlin sich um 6 bis 15 Mk. höher stellten, als sie in den bekannten Eildienstmeldungen der 72 Städte verzeichnet waren. Die Ursachen hierfür scheinen sowohl in den eigenartigen Errechnungsvorschriften wie in den zum Teil unrichtigen Vorkriegspreisen zu liegen. So sind nach dem ersteren von den bei den Preiserhebungen eingestellten Fetten stets nur die beiden billigsten je zur Hälfte in die Berechnung einzusetzen, so daß dadurch wohl die gute Butter regelmäßig unter den Tisch fällt, weil sie ja bekanntlich zu den teuersten Fetten zählt. Dann ist Vorschrift, daß bei dem fehlenden Speckpreis dieser durch den Margarinepreis ersetzt wird, wobei sogar an Stelle von 100 Gramm Speck nur 850 Gramm Margarine einzusetzen sind. Ferner dürfen von den aufgeführten Gemüsearten nur die drei „marktgängigsten", also die billigsten Gemüsearten eingestellt werden. Frühgemüse darf nicht in Anrechnung gebracht werden. Daß solche Vorschriften einen starken Einfluß auf die Gestaltung des Reichsindex haben können, ist verständlich. Die vom Buchbinderverband vorgenommenen Nachrechnungen der Ernährungsziffer für Berlin haben ergeben, daß der Ernährungsindex um 3 bis 7 Punkte nur dadurch gedrückt werden kann, wenn man an Stelle der teuren Butter und des Schmalzes nur den Margarinepreis dafür einstellt. Nach den bisherigen Erfahrungen muß daher bei der Reform gefordert werden, daß es nicht mehr in das Belieben des Statistischen Reichsamts oder der Landesämter gestellt wird, nur die billigsten Lebensmittel einzustellen.

Nicht ohne Interesse dürfte in diesem Zusammenhang auch die Mitteilung sein, daß das Statistische Reichsamt die zuerst für die Ernährung eingesetzte Fleischmenge später erheblich herabsetzte und Fische dafür einstellte, angeblich nur deshalb, weil es damals zu wenig Fleisch gab. Daß die dafür eingestellten Fische erheblich billiger waren und auch dadurch der Index herabgedrückt wurde, war wohl nur Zufall und keine Absicht. Weniger Anstand nahm das Statistische Reichsamt aber an der damals bestandenen Kartoffelknappheit. Denn trotz dieser werden seit 1920 bis heute ständig fast 1½ Zentner der vierwöchigen Ernährungsquote zugrunde gelegt.

Bezüglich der unrichtigen Vorkriegspreise sei gesagt, daß vom Statistischen Amt der Stadt Berlin der Preis für Hammelfleisch mit 1,70 Mk. pro Kilogramm angegeben ist, wogegen der Zentralverband der Fleischer einen Preis von 1,30 bis 1,60 Mk. für die damalige Zeit feststellte. Bei Schweinebauch schwanken die beiden Angaben 1,70 Mk. bzw. 1,50 bis 1,60 Mk. Speck wird vom Statistischen Amt Berlin mit 2,20 Mk. Friedenspreis eingesetzt, während Calwer für die gleiche Zeit 1,84 Mk., der Fleischerverband 1,60 bis 1,70 Mk. feststellte und die Berliner Konsumgenossenschaft noch im Juni 1914 1 Kilogramm mit 1,60 Mk. verkaufte. Noch stärker differieren die Preise bei den Preßkohlen. Während vom Statistischen Amt selbst für die Sommermonate 1913 noch 1,20 Mk. pro Zentner eingesetzt werden, hat die Konsumgenossenschaft Berlin 1 Zentner Preßkohlen frei Haus und Keller im Juli für 65 Pf. und selbst im Dezember nur für 70 Pf. geliefert. Werden aber zu hohe Vorkriegspreise eingestellt, so erscheinen natürlich die heutigen Steigerungen entsprechend geringer.

Reformbedürftig sind ferner die für die Preisermittlungen und -errechnungen eingestellten Nahrungsmittel sowohl wie die Menge derselben. Man konnte sie notgedrungen für die letzten Jahre der großen Lebensmittelknappheit gelten lassen, heute ist die Ernährungsmöglichkeit jedoch eine ganz andere und muß daher die für die Teuerungsfeststellung in Frage kommende Lebensmittelaufstellung gründlich revidiert werden. Denn es ist nicht gleichgültig (was von mancher Seite behauptet wird), daß es für die Feststellung der Preissteigerung gleichgültig sei, welche Nahrungsmittel man dafür einsetzte. Diesbezügliche Berechnungen nach dem alten Schema und einem auch dem Lohnpolitischen Ausschuß des ADGB. unterbreiteten neuen Vorschlag haben eine Differenz der Indexziffern um 6 bis 12 Punkte ergeben.

Des weiteren wird der Reichsindex unnatürlich durch die relativ niedrigen Mietsätze gedrückt. Denn in Wirklichkeit zahlen die Mieter nicht bloß die niedrige Miete, sondern müssen für sogenannte Schönheitsreparaturen noch erhebliche Aufwendungen machen.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß im Reichsindex die Ausgaben für diverse kleinere Ausgaben sowie Steuerabzug und soziale Beträge gar nicht zum Ausdruck kommen. Gerade dieser Posten ist aber auf rund das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen und muß daher unbedingt in den Reichsindex mit aufgenommen werden.

Man sieht aus dem hier gesagten, daß nicht nur eine Fehlerquelle in dem Reichsindex enthalten ist, sondern eine ganze Reihe Mängel und Fehler, deren Abstellung dringend gefordert werden muß. Es ist notwendig, daß die Beratungen über die Neuaufstellung des Reichsindex so beschleunigt werden, daß wir bald zu einem zuverlässigen Gradmesser für die Teuerung kommen. Sollten wider Erwarten unsere Reformvorschläge nicht genügend Beachtung finden, so werden die Gewerkschaften nicht umhin können, sich eingehend mit der Frage zu befassen, ob sie nicht gut tun, selbst Teuerungsziffern zu ermitteln; mit Hilfe der Konsumgenossenschaft ließe sich das durchführen.

Wer waren die Schuldigen an der Inflation?

Die deutschen Unternehmer tun immer so, als wüßten sie gar nicht, wie das deutsche Volk zur Inflationswirtschaft gekommen sei. Im Organ des Verbandes der Angestellten finden wir über diese interessante Frage, welche Ursachen eigentlich dem Verfall der deutschen Währung zugrunde lagen, folgende aufklärende Ausführungen:

„Wodurch ist der Ver- und Zerfall der deutschen Währung verschuldet worden? Die beliebteste Antwort lautet: durch die hohen Löhne der Angestellten und Arbeiter. Es ist das wichtigste Argument der Unternehmer in ihrem Kampf um Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Aber jetzt standen Wahlen vor der Tür, darum holte man eine andere, auch schon früher gebrauchte Erklärung hervor: durch das Verhalten der „Feinde", insbesondere der Franzosen. Am 9. November schrieb die „Deutsche Bergwerkszeitung":

„Der Ruhreinmarsch sollte dem Deutschen Reich den Todesstoß geben. Und so sehen wir denn als Folge dieser Politik einen Zerfall der Währung, eine Auflösung des deutschen Geldwesens."

Natürlich ist es ganz richtig, daß die Politik der französischen Nationalisten und Chauvinisten auf Zerstörung des Deutschen Reiches abzielte, und daß diese Politik sowie speziell der Ruhreinmarsch den Wertsturz des deutschen Geldes beschleunigt hat. Es wäre ein Fehler, dies zu übersehen. Aber ganz abgesehen von der Frage, wer denn den französischen Chauvinisten die Erfüllung dieses Wunsches ermöglicht hat, bleibt doch immer die Tatsache bestehen, daß auch schon vor dem Ruhreinmarsch das deutsche Geld recht wertlos gewesen ist. Hat man denn ganz vergessen, daß am 1. Januar 1923 ein Dollar bereits 7300 Mk. kostete statt 4,20 Mk.? Und der Ruhreinmarsch geschah doch erst zehn Tage später. Wer hat denn nun den Dollar auf 7300 Mk. hinaufgetrieben? Der Ruhreinmarsch kann das nicht gewesen sein. Er mag das Uebel verschlimmert haben, aber vorhanden war es schon ohne ihn.

Die Antwort, die uns im Grunde schon der gesunde Menschenverstand geben könnte, findet sich u. a. in dem Währungstraktat des Prof. Keynes und lautet dort:

„Der Wechselkurs einer Währung wird auf die Dauer bestimmt durch ihre Kaufkraft im eigenen Lande."

Der Satz ist von verblüffender Einfachheit und verblüffender Selbstverständlichkeit. Man braucht nur einen Augenblick darüber nachzudenken und erkennt sofort, daß es gar nicht anders sein kann. Vor dem Kriege bekam man für 100 Mk. in Deutschland ebenso viel Waren wie für 123,50 Frank in der Schweiz. Folglich nahm der Schweizer einen Hundertmarkschein für 123,50 Frank in Zahlung. Nachdem dann die Preise in Deutschland so gestiegen waren, daß man für 100 Mk. nur noch den 10., den 100., den 1000., den 7000. Teil kaufen konnte — wie kann man erwarten, daß der Schweizer oder der Amerikaner dem deutschen Gelde einen höheren Wert beimessen werde, als wir es selbst taten!*) Die wahre Ursache des Zerfalls der deutschen Währung ist also die Preissteigerung, die Teuerung innerhalb Deutschlands. Je höher die Preise stiegen, je weniger man für eine bestimmte Geldsumme kaufen konnte, desto wertloser war das deutsche Geld. Die Preissteigerung aber ist das ureigenste Werk des deutschen Kapitals. Wir können das genau verfolgen vom 23. Juli 1914 an. Besonders deutlich auch wieder im Januar 1923 nach dem Ruhreinmarsch. „Sprunghafte Steigerung aller Preise" von einem Tage zum anderen meldeten damals die Zeitungen aus dem Ruhrgebiet. Wie machten denn das die Preise? Von selbst sind sie doch nicht gesprungen. Es waren doch die Besitzer der Waren, die sie von einem Tag zum andern heraufsetzten.

Dieses wirkliche Verhältnis von Valuta und Teuerung wünscht das Kapital natürlich nicht bekannt werden zu lassen. Um so wichtiger, daß Angestellte und Arbeiter sich darüber klar werden. Denn hier kommen wir nun an den praktischen Teil der Angelegenheit. Wer diese Wahrheit verstanden hat, der weiß nun, daß ein Rückfall in die Inflation nicht davon abhängt, ob man das Geld „Mark" nennt oder „Rentenmark" oder „Reichsmark" oder sonstwie, sondern einzig und allein von der Gestaltung der Preise. Und die gibt bereits wieder zu den ernsthaftesten Bedenken Anlaß. Man weiß, daß die Indexberechnungen des Statistischen Reichsamtes aufs Schönfärben eingestellt sind. Aber selbst aus diesen gefärbten Ziffern ergibt sich mindestens seit dem Sommer ein unaufhörliches Steigen aller Preise. Die Lebenshaltung war — nach diesem Index**) — im Dezember 1923 um 15 Proz. teurer als 1913, im Februar 1924 nur noch 4 Proz.; von da ab stieg sie wieder unaufhörlich: im Juni auf 12 Proz., im Oktober auf 23 Proz. Im Großhandel gibt er die Waren im Dezember als 26 Proz. teurer an (gegenüber 1913), im Februar 16 Proz., im Juni ebenfalls 16 Proz., von da ab unaufhaltsame Steigerung, so daß im Oktober 32 Proz. erreicht waren.

Wohin das führen muß, wenn es so weiter geht, kann sich jeder selbst ausmalen. Damit wird aber auch klar, daß die Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen Inflation ganz wo anders einsetzen müssen als beim Druck und bei der Benennung neuer Banknoten."

Soweit der Artikel in der genannten Zeitung. Wir möchten dem aber doch noch einige wichtige Momente hinzufügen, da waren in erster Linie die notgedrungenen Devisenankäufe der Regierung, der Industrie und des Handels. Die Verpflichtung der Regierung, die Reparationszahlungen nicht in deutscher, sondern in ausländischer Währung zu leisten, verursachte in erster Linie den wahnsinnigen Wettlauf nach Devisen. Daraus ergab sich von selbst alles andere. Alle Waren, die vom Ausland bezogen bei uns eingeführt wurden, mußten mit guter ausländischer Währung bezahlt werden. Der Ausländer lebte in Deutschland wie in Schlaraffia, weil alles nach Franken, Kronen, Gulden und Dollars gierte.

Nachdem die Dawes-Abkommen Deutschland gestatten, seine Reparationspflichten in der zurzeit gültigen deutschen Währung zu leisten, kann das Unternehmertum wohl die Preise künstlich sehr hoch halten (was wir ja zur Genüge erleben), es dürfte ihm aber wohl nicht wieder so leicht werden, die Inflation wieder aufleben zu lassen und ein zweites Mal das Volk an den Bettelstab zu führen.

*) In der Praxis ist das Exempel nicht so glatt, weil auch das ausländische Geld, sogar der Dollar, an Wert verloren hat.

**) Wie falsch er ist, zeigt z. B. die Tatsache, daß er im Oktober 1924 nur eine Verteuerung der Lebenshaltung in Berlin um 5 Proz. ergibt, während sie nach dem Statistischen Amt der Stadt Berlin 42 Proz. betrug!

Die Internationale der Arbeiter.

Bekanntlich hat man auf die Internationale der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung Schmach und Schande gehäuft, weil sie nicht die von den Moskauern Gewerkschaftsführern ausgegebenen Programme und Richtlinien anerkennt. Man schuf deshalb eine neue, die sogenannte Moskauer Internationale, hinter welche sich alles stellt, was mit der von Moskau ausgehenden Propaganda einverstanden ist. Die Menschen sind nicht alle gleich gut unterrichtet, infolgedessen ist ihr Denken und Handeln auch oft leicht zu lenken und zu beeinflussen von Leuten, die bestimmte Absichten verfolgen und es verstehen, diese mit flüssigen Worten zu begründen.

Die Massen waren in der Zeit nach der Revolution zweifellos schlecht geschult und daher leicht zu beeinflussen für alles, was ihnen Erfüllung ihrer Wünsche verhieß. So fanden denn auch die Moskauer Verheißungen nur zu willige Ohren. Man glaubte ohne weitere Nachprüfung, das nur die Schlappheit der Amsterdamer Gewerkschaften daran schuld sei, daß die revolutionären Ziele, den Sozial- oder Sowjetstaat nach russischem Vorbild zu schaffen, nicht erreicht wurde. Und weil nun die ältere Amsterdamer Richtung sich nicht bedingungslos der Moskauer Richtung unterordnen wollte, so nannte man sie Arbeiterverräter, Spalter der Einheit der Gewerkschaftsbewegung; kurz alles erdenkliche, was geeignet ist, die Amsterdamer Richtung in den Augen der Moskauer Richtung herabzusetzen. Die Folgen sind Mißtrauen und Zwietracht in der deutschen Arbeiterschaft, Selbstzerfleischung statt Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das geeinte Unternehmertum.

Was ist nicht schon alles versucht worden, um die Arbeitermassen von der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale abzudrängen Es ist wahrhaftig schade um den Idealismus, um Zeit und Kraft, die zu diesem Zwecke aufgewendet wurden.

So wird denn auch die von Moskau organisierte Internationale Arbeiterhilfe als ein Unternehmen bezeichnet, welches dazu dienen soll, die Arbeitermassen für die Kommunistische Partei nach Moskauer Vorschrift von der Amsterdamer Richtung abzudrängen. So wird aus England berichtet, daß der Abgeordnete J. Davis erklärt habe, die IAH. sei nur eine der kommunistischen Zellen, um für die Partei zu werben. Er verweist insbesondere darauf, das die maßgebenden Posten der IAH. sich in allen Ländern in kommunistischen Händen befinden. Mit Hilfe der IAH. habe man herrenlose Leute, denen jede politische Einsicht fehlt, nach allen Regeln der Kunst für Zwecke der KPD. gebraucht.

Neuerdings scheint sich die Propaganda für Rußland auch des Mittels zu bedienen, durch ausländische Delegationen zu wirken. Vor kurzem war Edo Fimmen in Rußland, jetzt eine Delegation englischer Arbeiter unter Führung von Purcell, dem Vorsitzenden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Wenn man deren Berichte liest, muß in Rußland ja das reine Paradies für die Arbeiter sein. Die russische Wirtschaft soll darnach der deutschen bereits überlegen sein im Wiederaufbau. — Dem tritt aber die Auslandsdelegation der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei entgegen mit der Behauptung, daß man diese Delegationen durch äußere Eindrücke und offizielle Paraden bewußt über die wahren Zustände im heutigen Rußland hinweggetäuscht habe.

Ebenso widersprechend sind ja auch die Berichte über Georgien und die dortigen Zustände. Man gewinnt kein klares Bild aus all diesen Schilderungen und kommt der Wahrheit vielleicht am nächsten, wenn man annimmt, daß sie mehr in der Mitte liegen wird.

Mag dem aber sein wie es will. Vorbildlich für Deutschland können sie sicher nicht sein. Die Entwicklung der letzten sechs Jahre sollte uns doch lehren, daß der Kapitalismus seinen Entwicklungsgang noch lange nicht vollendet hat. Wenn man jetzt hört, daß es in Georgien große abbaufähige Manganerzlager gibt, die den Besitzern der Ländereien große Reichtümer abwerfen, dann erscheint die Besitzerprüfung von Georgien durch Rußland doch auch nur als eine von materiellen Interessen diktierte Handlung.

Ueberall stoßen wir auf kapitalistische Ursachen und Antriebe, wenn wir im Weltgeschehen den Dingen auf den Grund nachspüren Deshalb darf man sich durch die schönsten Namen, mit welchen sich die Parteien umkleiden, nicht irreführen lassen, man muß ihre Taten würdigen.

Wir maßen uns kein Urteil an über die wirklichen Zustände in Rußland. Wenn sie besser sind, als es oft den Anschein hat, dann um so erfreulicher. Wir aber müssen dafür eintreten, daß wir hier bei uns erträgliche Zustände schaffen. Damit kommen wir weiter, als wenn wir vage Hoffnungen erwecken, die sich kaum erfüllen können.

Es wäre demnach ein Nonsens, wenn sich die hochentwickelten Gewerkschaften von der Moskauer Internationale für ihre kommunistischen Ziele verwenden ließen, gleichviel unter welcher Firma dies versucht wird. Wir haben bereits genug Instanzen, die alle Anordnungen treffen, wenn es gilt, die allgemeinen Unterstützungen zu organisieren.

Mahnung!

Willst du mitwirken, daß alles sich zum Besten wendet, so mußt du nie schelten und dich um das Verkehrte nicht so sehr kümmern. Du mußt aber selbst immer das Gute tun!

Immer bedenke, daß es nicht darauf ankommt einzureißen und abzubauen. Es kommt vielmehr darauf an, daß etwas aufgebaut wird, woran die Menschheit reine Freude empfindet.

(Frei nach Goethe.)

„Der christliche Holzarbeiter".

„Sucht nur die Geister zu verwirren,
Sie zu befriedigen ist schwer." (Goethe.)

„Der christliche Holzarbeiter" hat eine funkelnagelneue Entdeckung gemacht. Er zitiert aus unserem Artikel „Neutralität" jene Sätze, in denen wir feststellten, daß in unserem Verbandsorgan ständig für die Idee des Sozialismus Propaganda gemacht worden sei, ferner, daß die Ziele der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei im wesentlichen dieselben sind, wenn auch die Mittel andere sind. Darob stimmt das Blatt ein Triumphgeschrei an und hofft, daß nunmehr alles, was christlich empfindet, unserem Verband den Rücken kehrt. Wenn es sich nur nicht verrechnet.

Dann verzapft das Blatt folgendes: Ein alter sozialistischer Ausspruch sagt: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser." Das stimmt.

Nein, das stimmt eben nicht! Wenn Christus aus dem Tempel zu Jerusalem die Wechsler und Wucherer vertrieben hat und für das Wohl des Volkes eintrat, so ist damit erwiesen, daß er im Grunde genommen dasselbe wollte, was wir Sozialisten auch wollen. Wahres Christentum und Sozialismus stehen sich nicht wie Feuer und Wasser gegenüber, im Gegenteil, sie sind im Kern ihres Wesens dasselbe.

Wer übrigens in der Menschheitsgeschichte nur einigermaßen bewandert ist, der kann und muß wissen, daß wahrer Kommunismus und Christentum sich ebensowohl decken. Die Programme und Parolen, die allerdings von der Kommunistischen Partei unter der Führung von Moskau verfolgt werden, sind etwas ganz anderes. Mit diesen haben wir nicht das geringste zu tun!

Uebrigens, verfolgen die christlichen Gewerkschaften etwa keine sozialistischen Ziele? — Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 24 läßt sich in einem Artikel „Die Offensive der Unternehmer" also aus: „Es ist in der Tat der Zeitpunkt da, wo sich entscheiden muß, ob die Wirtschaftsführung so wie bisher das Privileg verhältnismäßig weniger ist, denen nach freiem Ermessen Kapital und Arbeitsmenschen zur Verfügung stehen oder ob die Wirtschaft der sittlichen Höherentwicklung der Menschheit dienen soll, wozu die Umwertung des arbeitenden Menschen vom Objekt zum Subjekt in der Wirtschaft Voraussetzung ist. Gelingt es, jetzt zu verhindern, daß die Arbeiterschaft die Anfänge der Mitverwaltung und des Mitbesitzes in der Wirtschaft erreicht, dann ist das Recht der Wirtschaftsstärkeren — die nicht die wirtschaftlich Einsichtigeren sind — für dauernd — d. h. bis zum Zusammenbruch gesichert."

In diesem Tone geht es weiter gegen die Führer der Industrie. Das Zentralblatt verlangt also genau dasselbe, was bei Licht besehen auch die „sozialistisch genannten" Arbeitervereinigungen verlangen.

Es ist demnach klar, daß „Der christliche Holzarbeiter" mit seinen Ausführungen seine Leser nur verwirrt, worüber wir uns gar nicht wundern.

Es bleibt also dabei, auch für christlich gesinnte Menschen ist in unseren sozialistischen Gewerkschaften der einzig richtige Platz. Die christlichen Verbände zersplittern nur wie alle anderen Organisationen die Kraft der Gewerkschaften, wie sie im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind.

Polstermöbel-Schundware.

Die „Allgemeine Tapezierer-Zeitung", das Organ des Deutschen Tapezierer-Bundes und aller Selbständigen dieses Gewerbes bringt gleich im ersten Heft des neuen Jahres einen Notschrei über die Korruption, die sich in der Anpreisung billiger Polstermöbel offenbart. In der Tat findet man in den Tageszeitungen Anzeigen in Menge, in welchen Matratzen, Ruhebetten, Klubsessel und Polstergarnituren zu Preisen angeboten werden, die erstaunlich niedrig gehalten sind. Z. B. Ruhebetten 20 Mk., Ledersessel 50 Mk., Diwan mit Gobelin- oder Moketteberzug 55 Mk., Garnituren für 200 Mk.

Nun sind erfahrungsgemäß diese Preise fast immer nur sogenannte Anreißerpreise, mit welchen Käufer angelockt werden sollen. Diese unreellen Gewohnheiten haben sich fast allgemein eingebürgert. Kommt nun ein Käufer und sieht sich so ein billiges Stück an, dann merkt der einigermaßen Erfahrene sehr bald, daß es sich gar nicht lohnt, derartige Ware zu erstehen, er kauft dann lieber eine bessere Qualität. Natürlich gibt es auch Käufer, die unter allen

Umständen billigst kaufen wollen, weil sie selbst wieder auf Täuschung bedacht sind. Das ist aber in allen Branchen so und nicht nur in der Polstermöbelbranche. Uns interessiert besonders an diesem Notschrei über die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz, daß dadurch aufs neue die Schwäche des privatkapitalistischen Produktionssystems grell beleuchtet wird.

Wohl schreibt die „Allgemeine Tapeziererzeitung", diese Möbel würden in Warenhäusern, in Etagengeschäften und sonstigen wilden Handlungen angepriesen. Es stehen aber in allen Tagesblättern soviel Inserate von Kleinmeistern, daß man sich sagen sollte, am grünen Holze der Musterorganisation nagt der Wurm der Schmutzkonkurrenz heute genau noch so wie in vergangenen Zeiten.

Ach ja, das Kapitel „Kleinmeister" ist kein erfreuliches, es hat soviele Schattenseiten, die man möglichst im Meisterorgan unberührt läßt. Dafür sind ja die Warenhäuser da, an die kann man sich halten. Die Warenhäuser wiederum brüsten sich damit, daß sie nur in eigenen Werkstätten hergestellte Qualitätsware führen. Jeder Krämer lobt seine Ware.

Lehrvertrag ist Arbeitsvertrag.

Seit Jahren wird von den Innungen und anderen rückständigen kleinen Handwerksmeistern ein scharfer Kampf gegen die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens geführt. Trotz verschiedener Niederlagen versuchen sie immer wieder, ihre mittelalterlichen Anschauungen als richtig hinzustellen. In einem solchen Streitfall hat nun auch das Landgericht Köln diese Auffassung zurückgewiesen und in klarer Weise zum Ausdruck gebracht, daß der Lehrvertrag nur eine besondere Unterart des Arbeitsvertrages sei und seiner tariflichen Regelung nichts im Wege stehe. Das Gericht war der Meinung, daß die durch einen Tarifvertrag festgesetzten Arbeitsbedingungen ohne weiteres zum Inhalt des Lehrvertrages selbst werden, wenn Lehrherr und Lehrling den Tarifparteien angehören. Der Einwand des Lehrherrn, daß der Lehrvertrag gar nicht mit dem Lehrling selbst, sondern mit dessen gesetzlichem Vertreter abgeschlossen worden ist, dieser aber niemals durch den Tarifvertrag gebunden gewesen sei, wurde nicht als stichhaltig angesehen.

Aber noch in einer anderen prinzipiellen Streitfrage schafft dieses Urteil ebenfalls Klarheit. Verschiedentlich versuchten Unternehmer sich ihren tariflichen Verpflichtungen dadurch zu entziehen, daß sie aus der Tarifgemeinschaft bzw. aus der als Tarifkontrahent in Frage kommenden Arbeitgebervereinigung austraten. Auch in diesem vorgenannten Streitfall war der Lehrherr aus der Arbeitgeberorganisation ausgetreten, er glaubte sich nun frei und ledig aller tariflichen Fesseln. Das Gericht sprach aber auch in dieser Beziehung unzweideutig aus, daß der Lehrherr auch dann die tarifliche Bezahlung zu leisten habe, wenn er selbst nicht mehr Mitglied des Verbandes sei. Entscheidend wäre, daß er zur Zeit des Abschlusses des Lehrvertrages Mitglied gewesen ist. Durch sein späteres Austreten aus der Arbeitgeberorganisation könne er sich den tariflichen Verpflichtungen nicht mehr entziehen. Solange der zwischen den Parteien abgeschlossene Vertrag fortdauert, habe er auch tarifmäßigen Inhalt, und darum sind tarifwidrige Aenderungen unzulässig.

Man sollte . . . .

Wo immer ein paar Leute die Köpfe zusammenstecken und (heute mehr denn je) über alles Mögliche und Unmögliche in dieser Welt der Unzulänglichkeiten disputieren, klingt es gewiß auf einmal aus dem Gespräch im Brustton der Ueberzeugung an unser Ohr: „Man sollte . . . Man müßte eigentlich . . ." — und nun hagelt es Ratschläge, wie man regieren sollte, reformieren müßte, demonstrieren, kommunalisieren, terrorisieren und was es in unserer Periode auf „ieren" noch mehr davon gibt.

Ja, in der Tat, man müßte, man sollte eigentlich. Unendlich vieles, außerordentlich Wichtiges und geradezu Notwendiges müßte geschehen. Aber es geschieht nicht. Und wißt Ihr weshalb? Weil keiner selber zupackt, weil jeder denkt, er selber brauche doch nicht gerade der zu sein, der es machen sollte. Nein, das soll eben der „man" machen: „man" sollte, „man" müßte. Dieser „Man" aber ist der windigste, feigste und faulste Geselle auf Gottes Erdboden, ein Großmaul, wie es kaum ein zweites gibt, ein Drückeberger, der sich immer auf den andern verläßt. Und sein leibhaftiger Zwillingsbruder ist nicht um ein Haar besser, das ist der, der dieses „man sollte", „man müßte" ständig im Munde führt. Solch ein „Man sollte"-Sager weiß alles und weiß alles besser, hat immer gute Ratschläge und die Hände in den Hosentaschen, wenn es was zu tun gibt. —

Nur wenn es einsacken heißt, holt er sie blitzschnell hervor, greift selber zu und schreit: „Ich muß!" Er ist der Vorsichtige, der stets die andern die Kartoffeln aus der heißen Asche klauben läßt. Der wohlbekannte „Führer", der hübsch im Hintertreffen bleibt und — geht es gut — alle Ehre für sich in Anspruch nimmt; schlägt es aber fehl, verteidigt er sich mit jenem Schlauberger: Ich sagte ja nicht, ich meinte ja bloß . . . „man sollte", eigentlich müßte man". Du triffst ihn in der Fabrik, im Bureau und auf dem Sessel des Beamten; er redet große Töne auf Katheder und Kanzel, im Betriebsrat und in der Wahlversammlung. Er ist überall und hat sich in dieser Zeit der Nöte ungezählter wie die Karnickel vermehrt, eine riesengroße Familie. Und einen Vetter hat er, der ist auch nicht viel besser. Das ist der „Man hätte sollen"-Sager, der immer erst hinterdrein zu Verstand kommt und weiß, wie mans eigentlich hätte machen müssen.

Gehe diesen beiden Kerlen aus dem Wege, lieber Leser, wenn Du nur irgend etwas auf dich hältst. Hat dich aber solch „man sollte"-Mann doch einmal eingefangen, und es gibt kein Entrinnen, du mußt ihn hören, so wirf ihm nur unverzagt ein „Hannemann, geh du voran" ins „Gehege seiner Zähne". Das ist wie ein Zauberwort und verschlägt ihm gleich die ganze Rede. Versuchs nur mal!

Aber, aber, teurer Freund, ich fürchte, du und ich, wir beide reden uns auch nur gar zu gern und allzu oft mit jenem bequemen „man sollte" aus mancherlei Gewissensnöten heraus, in die uns ehrliches Mitleid und soziales Empfinden führen.

Laß uns darum an unsere Brust schlagen, bekennen und geloben: Ich und du, wir beide sollen und müssen, und, was noch viel besser ist, wir wollen.

Mitarbeit am Aufbau des Verbandes!

Alle Kunst, Erfolge zu erringen, besteht in der zähen unermüdlichen Arbeit, unablässig die Werbetrommel zu rühren für das Wichtigste in der Gegenwart, den Anschluß an den Verband!

Konzentrieren wir daher unsere ganze Kraft unausgesetzt auf diesen Punkt. Wiederholt täglich diesen Mahnruf, ohne zu ermüden, dann wird sich auch der Erfolg einstellen!

Mitarbeit am Verbandsorgan!

Jedes Mitglied ist hierzu berechtigt! Jeder Funktionär des Verbandes ist aber hierzu verpflichtet!

Das Verbandsorgan muß wieder das werden, was es vor Jahren gewesen ist. Eine schneidende Waffe im Emanzipationskampf unserer Berufsgenossen!

Werft die Interesselosigkeit in den Winkel. Rafft euch auf! Arbeitet mit am Aufbau!

Bücherschau.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, erschien: Neue Wege zum Kleinwohnungsbau. Von Dr. Ing. Wagner. Preis 0,75 Mk. Es wird der Zusammenschluß der örtlichen Baugenossenschaften in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, der Bauhüttenorganisation und den in Frage kommenden Behörden zu örtlichen Dachgesellschaften empfohlen. In Berlin, Frankfurt a. M., Königsberg, Essen, Dessau sind bereits solche Dachgesellschaften ins Leben gerufen worden.

Verlag Gewerkschafts-Archiv Jena. **Karl Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung.** Preis brosch. 4,50 Mk. Der rührige Verfasser gewerkschaftlicher Literatur gibt sich redliche Mühe, den Leser in das Verständnis der neuzeitlichen Probleme der Gewerkschaftsbewegung hineinzuführen. Der Verfasser betont in der Einleitung die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Theorie aus dem Grunde, weil die Gewerkschaften irrtümlich nur als Maschinen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen angesehen wurden. Als Kämpfer für eine bessere Gesellschaftsordnung wurden im allgemeinen die Gewerkschaften nicht anerkannt.

Diese Auffassung des Verfassers können wir nicht teilen, sie entspricht nicht den historischen Tatsachen. Die Gewerkschaften sind (soweit die modernen Organisationen in Frage kommen), aus der Notwendigkeit herausgegründet worden, die Arbeitermassen aus ihrer elenden Lage zu befreien, weil auch die politischen Vorkämpfer eingesehen hatten, daß mit verelendeten Massen keine politischen Kämpfe geführt werden können. Ihre Absicht war freilich, die Gewerkschaften als Werbebureaus auch für die politischen Kämpfe zu benutzen, was auch der Fall war und noch ist. Erst mit dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften auf die gesamte Volkswirtschaft stellte es sich heraus, daß sie ein bestimmter Machtfaktor werden müssen für die Umgestaltung der gesamten Produktion. Das ist ja auch der Leitgedanke, der Karl Zwing veranlaßt, die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Theorie zu betonen.

Im ersten Kapitel schildert Zw. die neuerliche Entwicklung und die sich daraus ergebenden Probleme für die Gewerkschaften. Im zweiten Kapitel werden die Fragen des modernen Arbeitsvertrags, des Arbeitsrechts usw. besprochen, während im dritten Kapitel die theoretische und praktische Stellung der Gewerkschaften behandelt wird. Die moderne Entwicklung der Wirtschaft vom Individualismus zum Kollektivismus und zum Gemeinschaftsprinzip zwingt uns neue Erkenntnisse auf, die wir zu nützen haben.

Zwing kommt denn auch zu derselben Schlußfolgerung, die auch wir schon des öfteren zum Ausdruck gebracht haben: Ein Wirtschaftssystem, daß nur einen verschwindend kleinen Teil der Menschen befriedigen kann, ist reif zum Untergang. Es muß einer anderen Ordnung weichen, die imstande ist, die Gesamtmenschheit zu befriedigen. Es handelt sich in der Anwendung der Theorie darum, die neuen Erkenntnisse zum Allgemeingut der Menschen werden zu lassen, um sie praktisch durchführen zu können. Insofern ist die Zwingsche Arbeit außerordentlich wertvoll. Es ist daher dringend zu wünschen, daß sie weiteste Verbreitung findet. Jede Bibliotheksverwaltung sollte die Anschaffung sofort beschließen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Fahrzeugindustrie.

Sindelfingen bei Stuttgart. Ab 4. Dezember wurde die ganze Belegschaft bei Daimler ausgesperrt, 150 Kollegen sind davon betroffen.

Eisenach. Bei der Firma Dixi stehen die Kollegen bereits die 4. Woche im Streik. Die Firma läßt bei auswärtigen Firmen Wagen herstellen.

Kollegen, achtet darauf! Jede Arbeit für die genannte Firma ist abzulehnen.

Lederwarenindustrie.

Landsberg a. d. W. Der Lohnstreik bei der Firma Max Koberstein geht weiter. Besonders sei darauf verwiesen, daß die Firma fast ständig in den auswärtigen Zeitungen annonciert, um billige Arbeitskräfte zu bekommen.

Ulm a. d. D. Teilstreik in der Karosserieabteilung bei der Firma C. D. Magirus.

Meidet streng die genannten Orte!

Versammlungskalender.

Hamburg. Branchenversammlungen im Gewerkschaftshaus. Treibriemer: Montag, 12. Januar, 7½ Uhr, Wandelhalle, 1. Stock. Tapezierer: Dienstag, 13. Januar, 7½ Uhr, Großer Saal, 1. Stock. Lederwaren: Mittwoch, 14. Januar, 7½ Uhr, Wandelhalle, 1. Stock. Fahrzeugbranche: Donnerstag, 15. Januar, 7½ Uhr, Klubzimmer 1. Handwerkssattler: Freitag, 16. Januar, 7½ Uhr, Klubzimmer 1. Tagesordnung: Berichte und Wahl der Branchenleitungen. Tariffragen.

Generalversammlung:

Dienstag, den 20. Januar, 7½ Uhr, im Café, 1. Stock. Tagesordnung: Jahresbericht. Abrechnung. Wahl der Ortsverwaltung.

Sterbetafel.

Magdeburg. Am 25. Dezember 1924 starb der Kollege Sattler Otto Lohse nach monatelangem Leiden.

Ehre seinem Andenken!

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 5. bis 11. Januar ist der zweite Beitrag für 1925 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Jedes Mitgliedsbuch muß am Jahresschluß in Ordnung gebracht werden.

Alle Verwaltungsstellen, welche die graue Monatsberichtskarte noch nicht eingesandt haben, werden dringend ersucht, das Versäumte sofort nachzuholen.

Befähigte Klubmöbelarbeiter
auf Leder und Stoff zum sofortigen Eintritt suchen
Westdeutsche Sitzmöbelfabrik
Schultz & Co., Wermelskirchen (Rhld.) (Näh. Köln).

Tüchtige Täschner
auf Maulbügeltaschen und Cutbags für sofort gesucht. Berücksichtigung finden nur Ia Kräfte.
König & Co., Lederwarenfabrik, Coburg.

Verantw. Redakteur: G. Becker, Berlin. Verlag: P. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.